

## **2016: Weitermachen!**

### ***Unser Einsatz für mehr Demokratie***

Liebe Freundinnen und Freunde,

2016 war ein herausforderndes Jahr für Democracy International und all die Menschen, die sich für mehr Demokratie und Mitbestimmung in der Welt und auf europäischer Ebene einsetzen.

Denn die (direkte) Demokratie wurde attackiert, gescholten und es wurde versucht, sie ins Abseits zu katapultieren!

Was für ein Paukenschlag zum Beispiel, als früh am Morgen des 24. Juni feststand, dass die Mehrheit der Britinnen und Briten die EU verlassen möchte. Daraufhin gab es viele Stimmen, die sagten, es sei falsch, die Bürgerinnen und Bürger über so eine wichtige Sache unmittelbar entscheiden zu lassen.

Oder welcher Zweifel am politischen System der USA, das es ermöglicht, einen Mann zum US-Präsidenten zu machen, der während seines Wahlkampfes gegen Minderheiten hetzte.

Das ist nicht „die Demokratie“, für die sich Democracy International einsetzt. Wir Demokratieaktive aus aller Welt halten daran fest:

Gesellschaften funktionieren dann besser, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, mitzureden und Gesetzesentwürfe von unten zu initiieren anstatt nur alle paar Jahre zur Wahl zu gehen und dann abzustimmen, wenn es dem Staatsoberhaupt gefällt. Mit anderen Worten: Wir fordern eine direkte Demokratie, die auf den Menschenrechten und Mitbestimmung basiert!

Dieses Jahr hat Democracy International unbeirrt weitergemacht:

Wir haben die Europäische Bürgerinitiative verbessert, damit die Europäerinnen und Europäer einfacher ein EU-Gesetz auf den Weg bringen können. Unmittelbar nach „Brexit“ haben wir mit der Kampagne „Für einen demokratischen Neustart der EU!“ gefordert, die EU mit einem demokratischen Verfassungskonvent auf neue Beine zu stellen. Anlässlich des Globalen Forums zur Modernen Direkten Demokratie haben wir Menschen von allen Kontinenten im spanischen San Sebastián zusammengebracht, um über direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung auf regionaler Ebene zu diskutieren. Wir haben Maßstäbe erhoben für eine Demokratie, die rechtsstaatlich ist und die Menschenrechte achtet. Und wir haben Demokratieinitiativen beim Aufbau ihrer digitalen Infrastruktur geholfen.

Lesen Sie über unsere Arbeit im Einzelnen auf den folgenden Seiten.

## ***Für ein demokratisches Europa***

### **Kampagne: Demokratischer Neuanfang für die EU!**

Brexit und Bratislava – diese zwei Wörter stehen für Democracy International in einem engen Zusammenhang. Denn nach dem Ja der Britinnen und Briten am 23. Juni zu einem Ausstieg aus der EU stand für uns fest: Jetzt oder nie - Die EU muss endlich richtig demokratisch werden, soll sie nicht scheitern. Und so forderten wir unmittelbar nach dem „Brexit“-Referendum einen grundlegenden Neuanfang für die EU. Wir lancierten einen Online-Aufruf und sammelten Unterschriften, um einen EU-Konvent zu realisieren. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger und zivilgesellschaftliche Gruppen mit Politikern und Wissenschaft die Verfasstheit Europas neu bestimmen. Im zweiten Schritt sollen dann europaweit Volksentscheide darüber stattfinden. So kann die EU die Anerkennung der Bürgerinnen und Bürger erhalten, die sie so dringend benötigt, um fortzubestehen.

Am 16. September tagten die EU-Staats- und Regierungschefs in Bratislava zum ersten Mal wieder seit dem Entschluss für „Brexit“. Für Democracy International war das der Anlass, in die slowakische Hauptstadt zu reisen. Mit der „Kuppel für Demokratie“ – transparent und offen



für Alle - veranstalteten wir parallel einen EU-Minigipfel. Mit Menschen aus ganz Europa diskutierten wir am Fuße des Schlosses von Bratislava über die Zukunft der EU. Wir übermittelten die 60.000 Unterschriften, die wir für ein demokratisches Europa gesammelt hatten, an die EU-Staats- und Regierungschefs.

### **Aufruf: Rettet die Europäische Bürgerinitiative!**

Obwohl seit dem 1. April 2012 in Kraft ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI) noch viel zu wirkungslos. Deswegen ist es ein stetiger Kampf von Democracy International und anderen Demokratieaktivisten, das einzige partizipatorische Instrument auf transnationaler Ebene zu verbessern. Die EBI macht es möglich, mit einer Million gesammelten Unterschriften einen Gesetzesvorschlag bei der EU-Kommission einzureichen.

2015 hatte mit einem Erfolg geendet: Das Europäische Parlament hatte sich dafür entschieden, die meisten Reformvorschläge von Democracy International, Mehr Demokratie Deutschland, WeMove.eu und ECI Campaign anzunehmen. Diese hatten wir für eine Neuauflage der EU-

Verordnung, die die Regeln der EBI gesetzlich fest schreibt, ausgearbeitet. Im nächsten Schritt des Gesetzgebungsprozesses sollte die EU-Kommission die Reformen dann aufnehmen.

Doch 2016 begann mit einem Dämpfer: Die Kommission gab bekannt, dass sie das Gesetz der EBI nicht verändern würde. Damit war die Europäische Bürgerinitiative in ihrer Existenz bedroht. Doch dieses Scheitern konnten und wollten wir nicht hinnehmen. Vor allem angesichts des stark abnehmenden Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die EU verspürten wir die Verantwortung, weiterzumachen und uns für ein starkes direktdemokratisches Element auf EU-Ebene einzusetzen.

Und so begannen wir im April 2016 mit der Parole „Letzter Aufruf – Jetzt die Europäische Bürgerinitiative retten“ mit unseren Partnern ECI Campaign, Wemove.EU und Mehr Demokratie, Unterschriften für eine starke Europäische Bürgerinitiative zu sammeln. Damit wollten wir auch erreichen, dass die EU-Kommission die Europäische Bürgerinitiative in ihr Arbeitsprogramm für 2017 aufnimmt.

Am 24. Oktober waren wir in Brüssel und überreichten die 41.000 gesammelten Unterschriften an ein Kabinettsmitglied von Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission. Doch die EU-Kommission erklärte, das Gesetz der EBI nicht verändern zu wollen. Zudem lasen



wir am folgenden Tag nichts über die Europäische Bürgerinitiative im Arbeitsprogramm für 2017. Für uns ist dieses Verhalten der EU-Kommission angesichts der Krise der EU nur allzu schwer verständlich. Ein Grund mehr, die Kampagne für eine stärkere Europäische Bürgerinitiative 2017 weiter zu forcieren.

### **Für eine transparente EU-Politik!**

Fehlender Durchblick im Lobbyismus hat sich als eine der großen Schwachstellen in der Europäischen Union herausgestellt. Unternehmen und ihre Lobbyisten sind bisher nicht verpflichtet, sich offiziell zu registrieren, Namen und Unternehmenszugehörigkeit preiszugeben und zu veröffentlichen, wie viel Gelder sie in ihre Lobbyarbeit investieren. Diese Missstände sind ein Grund dafür, warum 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die EU-Institutionen für korrupt halten.

Democracy International kämpft für mehr Transparenz in Brüssel und fordert ein rechtlich verbindliches Lobby-Register. Mit einem „Fingerabdruck“ soll offenkundig sein, wann sich



Lobbyisten mit EU-Politikern und hochrangigen EU-Beamten treffen. 2016 setzte sich Democracy International für diese Ziele mit zwei großen Aktionen ein:

- Im April übten wir so lange Druck auf die EU-Kommission aus, bis sie einwilligte, die europäischen Bürgerinnen und Bürger an einer Umfrage zum Thema Lobby-Transparenz zu beteiligen. Dafür hatten wir gemeinsam mit der Organisation „Europe-wide Alliance for Lobbying Transparency and Ethics (ALTER-EU)“ Vorschläge erarbeitet, die die Bürgerinnen und Bürger direkt an die EU-Kommission schicken konnten. Das erhöhte enorm die Anzahl der Einsendungen, die beim höchsten EU-Organ eingingen.
- Im September sollte das Europäische Parlament über den Bericht „Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen“ abstimmen. Vor dem Votum organisierte Democracy International gemeinsam mit ALTER-EU und Transparency International eine groß angelegte Email-Aktion: 3022 Menschen aus 23 Ländern beteiligten sich daran und schickten insgesamt 73.159 Emails an die Europaabgeordneten. Damit forderten sie sie dazu auf, für Transparenz in der EU und ethisch einwandfreien Lobbyismus zu stimmen. Diese Emails erzeugten so viel Kraft, dass die Abgeordneten schließlich die Abstimmung ins Jahr 2017 verschoben. Sobald der neue Termin feststeht, geht unsere Kampagne weiter!

## **Wissens- und Erfahrungsaustausch**

Im schnellen digitalen Informationszeitalter ist es ein zentrales Ziel von Democracy International, Wissen zu schaffen, das Bestand hat. Demokratieaktive aus aller Welt sollen darauf zugreifen und damit lernen können. Denn nur mit einem soliden Grundstock von Informationen ist es möglich, über direkte Demokratie zu forschen und sich für bessere

Demokratiegesetze einzusetzen.



Der „**Navigator der Direkten Demokratie**“ ist DAS große Forschungsprojekt von Democracy International, der Universität Wuppertal und IRI

Europe. Er wird von „swissinfo“ und „people2power“ unterstützt. Unter der Adresse [www.direct-democracy-navigator.org](http://www.direct-democracy-navigator.org) kann jede/r Nutzer/in die direktdemokratischen

Instrumente der Welt miteinander vergleichen. 2016 hat Dr. Klaus Hofmann, Leiter des Forschungsprojekts, durchschnittlich jeden Tag ein weiteres Instrument der direkten



Demokratie hinzugefügt. Damit erfasst der Navigator heute 1500 Fälle. Dr. Hofmann hat die Website optimiert und die Kooperation mit der Universität Wuppertal intensiviert.

Zudem sollen Demokratiebegeisterte untereinander ihre Erfahrungen austauschen können. Lernen von Anderen im lebendigen Diskurs und über Grenzen hinweg, das war zentrales Ziel des „**Globalen Forums für Moderne Direkte Demokratie**“, das dieses Jahr im spanischen Donostia/San Sebastián stattfand. 200 Menschen von allen sechs Kontinenten kamen in der diesjährigen europäischen Kulturhauptstadt zusammen, um über Formen der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene zu sprechen. Democracy International war einer der Hauptveranstalter.

Am Abend des 17. November luden wir mit unserem Medienpartner Zocaló Public Square ein zur Diskussion „Gefährdet die Digitalisierung des Journalismus die Demokratie?“. Nach dem Globalen Demokratie Forum, das feierlich mit der Erklärung von Donostia/San Sebastián endete, fand die diesjährige Mitgliederversammlung von Democracy International statt.



Angesichts der Versuche von autoritären Machthabern in mehr und mehr Ländern, **Demokratie und Menschenrechte** zu verletzen, leitete Democracy International mit einem kompakten Hintergrunddossier Kriterien her, mit denen sich der Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit objektiv beurteilen lässt. Wir untersuchten mit diesen Punkten einzelne Länder. Prof. Dr. Nowak, Menschenrechtsprofessor an der Universität Wien und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter über Folter, erklärte uns in einem Gespräch die Gründe für die gegenwärtige „Krise der Demokratie“ und warum die Einhaltung der universalen Menschenrechte unabdingbar für das Funktionieren einer modernen Demokratie ist.



## ***Helfen und Unterstützen***

Eines der Hauptanliegen von Democracy International ist es, jungen Demokratiegruppen zu helfen und unsere Erfahrungen mit dem Aufbau einer Organisation weiter zu vermitteln. In diesem Sinne haben wir dieses Jahr Aktivisten von „Meer Democratie“ in den Niederlanden und „mehr demokratie!“ in Österreich dabei beraten, online Kampagnen durchzuführen und Spendengelder einzuwerben. Wir haben sie geschult, die Datenbank zur effizienten Verwaltung von Kontakten zu nutzen und weiter auszubauen. Im Januar waren wir in Amsterdam und im Oktober in Wels/ Österreich. Dort haben wir uns mit unseren niederländischen und österreichischen Freunden getroffen und unser Know-How vor Ort ausgetauscht.

## ***Zum Jahresende***

Wir bedanken uns herzlich bei unserer Mitarbeiterin Sophie von Hatzfeldt, die uns verlässt, da sie in Berlin eine neue berufliche Aufgabe gefunden hat. Sophie hat in den letzten drei Jahren die Europa-Arbeit von Democracy International vorangetrieben. Sie hat zur Verbesserung der EU-Bürgerinitiative beigetragen und die Idee des EU-Konvents bei Politikern und bei zivilgesellschaftlichen Gruppen forciert. Sie hinterlässt eine große Lücke, die wir Anfang 2017 füllen werden.

Unser großer Dank gilt auch den vielen Freiwilligen und unseren Mitgliedern, die Texte für uns übersetzt haben, uns bei unseren Kampagnen geholfen und allgemein unterstützt haben. Unsere Arbeit lässt sich nur gemeinsam mit diesen vielen Händen stemmen.

Denn eines ist gewiss, es gibt nur eine einzige Möglichkeit: Unbeirrt weitermachen in den stürmischen Zeiten, in denen die Demokratie, die auf den Menschenrechten und Mitbestimmung basiert, angefochten wird.

